



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

### **Lieferkettengesetze schaden bayerischen Unternehmen und helfen niemandem**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene gegen das geplante Lieferkettengesetz<sup>1</sup> zu positionieren,
- sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen eine geplante EU-Gesetzgebung zur unternehmerischen Rechenschaftspflicht<sup>2</sup> zu positionieren,
- auf allen Ebenen eine fachliche Diskussion über potenzielle multilaterale Maßnahmen anzuregen, über die man die Regierungen der Lieferländer dazu zu bringen kann, international anerkannte soziale und ökologische Mindeststandards de facto umzusetzen.

### **Begründung:**

Die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards ist eine wichtige Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft. Im Inland steht dies der regulierenden Rolle des staatlichen Ordnungsrechts zu.<sup>3</sup> Aber auf globaler Ebene kann dieses „öffentliche Gut“ am besten über zwischenstaatliche Beziehungen erreicht werden. Hier anzusetzen schützt Menschen- bzw. Arbeitnehmerrechte und die Umwelt mehr als ein nationaler oder regionaler (EU-)Ansatz.

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission planen die Einführung von Lieferkettengesetzen, wonach auch bayerische Unternehmen zur Rechenschaft gezogen, haftbar gemacht sowie mit Geldstrafen belegt werden können, wenn sie innerhalb ihrer Wertschöpfungsketten Kinder-, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Umweltstandards missachten oder dazu beitragen.<sup>4</sup>

Jedoch birgt dieser Ansatz nach Meinung führender Wirtschaftsforschungsinstitute (z. B. Institut für Weltwirtschaft – IfW Kiel, Institut der deutschen Wirtschaft – IW Köln) und Wirtschaftsverbände (z. B. Bundesverband der Deutschen Industrie – BDI, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA, Deutscher Industrie- und Handelskammertag – DIHK)<sup>5</sup> erhebliche Nachteile mit sich und wird den umgekehrten Effekt erwirken. Eine Lieferkettengesetzgebung auf nationaler und EU-Ebene

<sup>1</sup> BMZ (2021). Lieferkettengesetz. URL: <https://www.bmz.de/de/themen/lieferkettengesetz/index.html>

<sup>2</sup> European Parliament (2021). MEPs: Hold companies accountable for harm caused to people and planet. URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210122IPR96215/meps-hold-companies-accountable-for-harm-caused-to-people-and-planet>

<sup>3</sup> Eucken, W. (1952). Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Freiburg

<sup>4</sup> Kolev G., Neligan A. (2021). Nachhaltigkeit in Lieferketten. IW Köln. URL: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/policy\\_papers/PDF/2021/IW-Policy-Paper\\_2021-Lieferketten-Nachhaltigkeit.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy-Paper_2021-Lieferketten-Nachhaltigkeit.pdf)

<sup>5</sup> Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz (2021). URL: <https://bdi.eu/artikel/news/gemeinsame-pm-von-bdi-bda-und-dihk-anlaesslich-der-diskussion-um-ein-nationales-lieferkettengesetz/>

- ist teilweise unnötig, da viele bayerische Unternehmen bereits längst in ihrer korporativen Unternehmenspolitik soziale und ökologische Sorgfaltspflichten freiwillig umsetzen und somit zur lokalen Nachhaltigkeit in den Lieferländern beitragen.<sup>6</sup>
- ist praktisch nicht einhaltbar, da moderne internationale Lieferketten extrem komplex sind.<sup>7</sup>
- wird bayerische Unternehmen mit noch mehr bürokratischen Auflagen belasten.<sup>8</sup>
- wird Vorleistungen für und somit die Endprodukte von bayerischen Unternehmen verteuern.
- wird dazu führen, dass betroffene bayerische und deutsche Unternehmen sich aus Schwellen- und Entwicklungsländern zurückziehen werden und somit nicht nur die internationale Konkurrenzfähigkeit bayerischer Unternehmen, sondern auch den Wohlstand in Bayern verringern.<sup>9</sup>
- wird dazu führen, dass Unternehmen aus anderen Teilen der Welt, wo Menschen- und Arbeitsrechte sowie der Umweltschutz einen viel geringeren Stellenwert haben, z. B. China, die freigewordene Stelle zurückgezogener bayerischer und deutscher Unternehmen einnehmen werden.
- wird Arbeitnehmer (darunter auch Kinder) in Lieferländern in noch schlechtere Arbeitsverhältnisse des informellen Wirtschaftssektors abdrängen, die nicht im Rahmen internationaler Lieferketten bestehen, z. B. dem Bergbau und der Prostitution.<sup>10</sup>
- wird den, dank deutscher Wertschöpfungsketten, erreichten Wohlstandszuwachs vieler Schwellen- und Entwicklungsländer wieder reduzieren.

Das Problem ist nicht, dass bayerische Unternehmen vermeintlich die Lücken im Gesetz und in der Gerichtsbarkeit in den entsprechenden Ländern ausnutzen, sondern das Problem sind die Lücken selbst. Denn viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben formell Schutzkonventionen im Kinder-, Arbeits-, Menschen- und Umweltrecht ratifiziert, bisher aber nicht umgesetzt. Daher sollten auch bayerische Unternehmen nicht die Last für eine unzulängliche Sozial- und Umweltpolitik dieser Länder tragen.

Stattdessen sollten Deutschland und die EU auf maximal multilateraler Ebene, z. B. die WTO (Welthandelsorganisation; Artikel XX GATT – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), ILO-Konventionen (Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation) und OECD-Leitsätze (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), über die Ankündigung von reduzierter Entwicklungshilfe und potenziellen Sanktionen, z. B. über Negativlisten nach Vorbild der USA, die Regierungen der Lieferländer dazu zu bringen, international anerkannte soziale und ökologische Mindeststandards de facto umzusetzen.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> IW Köln (2015). Nachhaltigkeit durch Präsenz. Beiträge deutscher Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung an internationalen Standorten. URL: <https://www.iwconsult.de/aktuelles/projekte/nachhaltigkeit-durch-praesenz>

<sup>7</sup> IfW Kiel (2021). Lieferketten in der Zeit nach Corona. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/policy-papers/2021/lieferketten-in-der-zeit-nach-corona-0/>

<sup>8</sup> vbw (2021). Pressemitteilung zum Lieferkettengesetz: vbw begrüßt Erleichterungen, hält Gesetz dennoch für überflüssig. URL: <https://www.vbw-bayern.de/vbw/PresseCenter/vbw-Pressemitteilung-zum-Lieferkettengesetz-vbw-begr%C3%BC%C3%9Ft-Erleichterungen-h%C3%A4lt-Gesetz-dennoch-f%C3%BCr-%C3%BCberfl%C3%BCssig.jsp>

<sup>9</sup> Flach L., Steininger M. (2020). Neustart der Industrie unter dem Einfluss von Covid-19: Wie bereit ist die globale Lieferkette? ifo Institut. URL: [https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-07-flach-steininger-corona-globalisierung\\_0.pdf](https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-07-flach-steininger-corona-globalisierung_0.pdf)

<sup>10</sup> Felbermayr G. (2021). Lieferkettengesetz belastet die Falschen, Entschärfung ist sinnvoll. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/media-pages/news-ext-links/2021/lieferkettengesetz-belastet-die-falschen-entschaerfung-ist-sinnvoll/>

<sup>11</sup> Langhammer R. (2021). Zum Lieferkettengesetz gibt es bessere Alternativen. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2021/zum-lieferkettengesetz-gibt-es-bessere-alternativen-0/>